

Die Bedeutung des demografischen Wandels für die innerparteiliche Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung der älteren Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
von Guido Heuel

Die vorliegende Arbeit betrachtete die gegenwärtige Diskussion der politischen Partizipation von älteren Parteimitgliedern. Hierbei wurde speziell die innerparteiliche Partizipation der älteren Parteimitglieder innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Blick genommen. Diese Betrachtung kann nicht völlig losgelöst von der allgemeinen Diskussion der politischen Partizipation älterer Bürger erfolgen. Denn es wird im Zuge der alternden Bevölkerung nicht nur über die Alterung beziehungsweise Überalterung der politischen Parteien diskutiert. Es wird auch aus unterschiedlichen Kreisen der Gesellschaft nachdrücklich vor einer „Rentnerdemokratie“ gewarnt. Diese Diskussion wird besonders hinsichtlich der Alterung der Wählerschaft geführt, denn die Befürchtung ist, dass ältere Menschen nur noch ihre Interessen durchsetzen, gegen jegliche Vernunft der aktuellen politischen Prioritäten. Bei dieser Diskussion wird oftmals die Sicherung der Sozialsysteme betrachtet und vermutet, dass die zugrunde liegenden aktuellen Reformen des politisch Machbaren nicht durchgesetzt werden können, da die zu belastende Generation (noch) nicht stimmberechtigt sei, oder aufgrund der Stimmenmacht der Alten keine Chancen zur Reformmehrheit erzielt werden kann.

Die aufgezeigten Diskussionslinien stellen einmal die ältere Bevölkerungsgruppe als Machtfaktor dar. Zweitens wird eine Unausgewogenheit des Generationenvertrags unterstellt, die zum Vorteil der Älteren ausfällt.

Angesichts der „Rentnermacht“ wird teilweise ein Generationenkonflikt heraufbeschworen und die Sonderrolle der älteren Parteimitglieder beanstandet, die ihnen innerhalb der politischen Parteien eingeräumt wurde. Festgestellt werden kann, dass zwar den Senioren eine Sonderstellung zugesprochen wird, aber die Anzahl derer, die das Alter von 60 Jahren erreicht oder überschritten haben, innerhalb der Gremien unterrepräsentiert ist.

Die Sozialdemokratische Partei, als älteste Volkspartei Deutschlands, hat schon Anfang der 1970er-Jahre bedacht, die vielfältigen Potenziale der älteren Parteimitglieder in ihre politische Arbeit weiterhin einzubinden und hat zur Repräsentanz und Interessenvertretung als ersten institutionellen Rahmen einen Seniorenrat gebildet. Einige Jahre später wurde aufgrund verschiedener Initiativen von Parteimitgliedern eine Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft für Senioren gefordert, die dann im Jahre 1994 gegründet wurde.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine politische Partei und hat somit, wie alle anderen Parteien, das verfassungsgemäße Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung.

Politische Parteien sind Organisationen von Bürgern, die die politischen Ziele kanalisieren und durchsetzen wollen. Politische Parteien haben vier prägende Funktionen:

- Parteien wählen Personen zur Besetzung politischer Ämter,
- Parteien artikulieren die Interessen ihrer Wähler und Mitglieder,
- Parteien entwickeln Parteiprogramme für einen längeren Zeitraum und
- Parteien stellen die Regierung, übernehmen die Regierungsverantwortung und haben dafür Sorge zu tragen, dass diese rechtmäßig ausgeübt wird.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, benötigen politische Parteien sowohl Mitglieder als auch den Bürger, der die Partei durch seine Wahl unterstützt. Parteimitglieder helfen, die Parteiorganisation aufrechtzuerhalten. Ferner wird durch das Parteimitglied die Kommunikation zwischen der Gesellschaft und der politischen Partei gewährleistet, sei es im Wahlkampf oder in der weiteren Umwelt (Arbeitswelt, Verein, Familie...) des Mitglieds. Diese Art der politischen Partizipation von Parteimitgliedern ist gering und nicht immer beständig. Gegenwärtig nimmt bei vielen Parteien die Zahl der Mitglieder (der aktiven Mitglieder) erheblich ab. Von daher sind Parteien verstärkt auf die Professionalisierung der Parteiarbeit aus, was zur Folge hat, dass die Kenntnisse und Fähigkeiten in der Parteiarbeit unterschiedlich gewichtet sind, so dass die Berufspolitiker zumeist einen Wissensvorsprung gegenüber den allgemeinen Mitgliedern aufweisen.

Die politische Partizipation ist keine Selbstverständlichkeit, andererseits ist sie für die demokratische Wertordnung ein zentraler Bestandteil. Die politische Partizipation zeichnet sich immer durch freiwillige Teilnahme aus, die mit dem Ziel verbunden ist, das politische System in der Entscheidung auf verschiedenen Ebenen zu beeinflussen. Die Teilnahme in Form der politischen Partizipation kann auf unterschiedlichste Art und Weise erfolgen. Dabei ist die Wahl die einfachste Form der politischen Partizipation. Etwas anspruchsvoller ist diejenige der innerparteilichen Partizipation, da sie zumeist eine Parteimitgliedschaft beinhaltet. Innerparteiliche Partizipation ist neben der Teilnahme auch an

Die Bedeutung des demografischen Wandels für die innerparteiliche Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung der älteren Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
von Guido Heuel

innerparteiliche Strukturen gebunden an Organisationsstatuten, die bei allen innerparteilichen Wegen immer beachtet werden müssen.

Bei der Betrachtung des Alters und der politischen Partizipation lassen sich zumeist vielfältige Voreingenommenheiten feststellen, die schon lange Zeit widerlegt sind. Hierzu haben gesellschaftliche Trends und Wertvorstellung, was Ältere können und sollen, ihren Anteil beigetragen. Heute wird das Alter mit seinen Potenzialen betrachtet, und die Alten oder „neuen Alten“ werden sich zunehmend für Politik interessieren. Aus der Partizipationsforschung ist bekannt, dass bestimmte Faktoren die politische Partizipation fördern, Faktoren, die wir bei den heutigen Alten zumeist antreffen. Die heutigen Alten weisen einen höheren sozioökonomischen Status auf, einen besseren Bildungsstatus und sind gesünder. Daher ist davon auszugehen, dass es in Zukunft zu einer verstärkten Einforderung der politischen Partizipation kommen wird. Allerdings gibt es dabei etwas zu beachten:

„Ältere Menschen nehmen trotz dieser zunehmenden Potentiale im Durchschnitt nicht entsprechend ihren Fähigkeiten am Leben der Gesellschaft teil. Es findet eine Art ‚vergangenheitsbezogener statistischer Diskriminierung‘ statt. Die Zurechnung von Leistungsfähigkeiten und Leistungsansprüchen erfolgt immer noch auf der Grundlage der durchschnittlichen Alterssituationen früherer Generationen. [...]. Die Optimierung dessen, was im Alter prinzipiell möglich ist, ist eine große Unbekannte und eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen“ (Mayer et al., 1994, S. 727).

Diese Herausforderungen hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgenommen, indem sie durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus den älteren Parteimitgliedern eine Organisationsform auf allen Parteiebenen bietet.

Da bisher die innerparteiliche Partizipation der älteren Parteimitglieder kaum erforscht wurde, ist diese Thematik fortführend zu untersuchen, denn Ältere präferieren und interessieren sich wahrscheinlich für andere gesellschaftspolitische Themen als Personen, die diese Lebensphase noch nicht erreicht haben. Hinzu kommt, dass ältere Menschen in einer eigenen Generation aufgewachsen und durch diese geprägt sind. Ferner haben sie damit auch andere historische und politische Kontexte durchschritten und andere politische Erfahrungen gemacht. Das Untersuchungsinteresse wird sich an folgender leitender Forschungsfrage orientieren: Ist durch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus für ältere Parteimitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine innerparteiliche Gestaltungsoption zur Partizipation, Repräsentanz und Themenstellung gegeben?